

# Potsdams] andere [Seiten

Die Linke ◀ Monatszeitung für die Landeshauptstadt

März 2007

Nr. 3 · 3. Jahrgang

## Antwort

**2** Nocheinmal: Potsdam und „sein“ Fußball-Stadion

## Solidarität

**5** Potsdam unterstützt Linke in Baden-Württemberg

## Potsdam-West

**6/9** Von „Affe, Schaf und Känguru“ bis Verkehrsprobleme

## Die Insel und das (saubere) Wasser

Themenjahr 2007 der Landeshauptstadt Potsdam: Faszination Wasser

Zum Motto des diesjährigen Themenjahres „Faszination Wasser“ werden zahlreiche Veranstaltungen in der Landeshauptstadt angeboten. Sie schenken der einzigartigen Fluss- und Seenlandschaft ihre Beachtung und tragen dazu bei, Potsdam als Gesamterlebnis stärker über das Thema zu positionieren. Potsdamer Vereine, Verbände, Einrichtungen und Institutionen werden mit ihren interessanten wie abwechslungsreichen Projekten das Medium Wasser als integrativen Bestandteil unserer Stadt im Speziellen und des Lebens im Allgemeinen hervorheben. Auch die Stadt selbst. So erläuterte die zuständige Beigeordnete auf der Januar-SVV-Sitzung auf eine diesbezügliche Frage des Abgeordneten Ralf Jäkel (Linkspartei), dass seit November 2006 bereits eine regelmäßige Säuberung der Neustädter Havelbucht durch die STEP monatlich erfolgt. (Mehr zu Potsdam-West lesen Sie auf den Innenseiten.)



## Auf ein Wort...



### Die Narren sind los!

Alle Jahre wieder ereilt uns die fünfte Jahreszeit. Die Parteien nutzen den Karneval gern, um mal so richtig ungeschminkt vom Leder zu ziehen. Dafür haben sie den politischen Aschermittwoch erfunden. In Bayern beispielsweise hat er eine lange Tradition. Allerdings tritt mit Edmund Stoiber in diesem Jahr einer der begabtesten Realsatiriker der Gegenwart von der politischen Bühne ab. Was werden wir ihn vermissen!

Die Brandenburger CDU hat ihren Aschermittwoch in diesem Jahr kurzfristig abgesagt. Wahrscheinlich hatte sie Angst, den Unterhaltungswert des letzten Parteitages mit dem filmreifen Showdown des Trios Infernale Schönbohm-Petke-Junghanns nicht mehr überbieten zu können. In der CDU lacht im Moment wohl keiner mehr, über sie dafür umso mehr.

Da bewies die Potsdamer Linke mehr Mut. Zuletzt in der Stadtschloss-Debatte selbst häufiger zur Zielscheibe geworden, wagte sie in diesem Jahr die Premiere. Und Landtagsabgeordnete, die nicht nur Kabarett spielen, sondern dabei auch noch ihren eigenen Job durch den Kakao ziehen, erlebt man weiß Gott nicht alle Tage... Stefan Wollenberg (Mehr auf der SEITE 3.)

## Auftakt für gemeinsame Debatten

Landesparteitag: Wieder gewählte Landesspitze nimmt Kurs auf starke Linke

Am 3. und 4. Februar kamen fast 200 Delegierte der Linkspartei aus dem Land Brandenburg in Blossin bei Königs Wusterhausen zum 10. Landesparteitag zusammen. Auf dem Programm standen zunächst die Wahlen des Landesvorstands sowie der Arbeitsgremien für die Tagungen des Parteitags. Folgende Mitglieder wurden in ihren Ämtern bestätigt: Thomas Nord als Vorsitzender (82,5 %); Dr. Kirsten Tackmann als Stellvertreterin (90,9 %); Maria Strauß als Landesgeschäftsführerin (85,8 %); Matthias Osterburg als Landesschatzmeister (90,96 %).

Ein Motiv zog sich durch Referate und Diskussionsbeiträge: Linkspartei und WASG befassen sich 2007 nicht aus Ignoranz gegenüber den wirklichen Problemen der Menschen in Deutschland mit sich selbst, sondern gerade weil die Bildung einer starken Linken einen wirkungsvolleren politischen Einfluss sichern kann. Erfri-

schend unkonventionell warben Vertreter des Jugendverbandes solid mit einem Transparent erfolgreich für einen Beschluss zum Boykott von Coca-Cola-Produkten. Für Unruhe sorgte auch das Thema Frauenrechte, zu dem es recht emotionale und gegensätzliche Auffassungen gab.

Weitergeführt wurde die Debatte zum Entwurf der Linksfraktion für ein Leitbild „Unsre Heimat“ als Vision der Linken im Land, die beim Landesparteitag im Oktober eröffnet worden war. Dabei hatte der Bundestagsabgeordnete Wolfgang Neskovic kritisiert, dass der Rechtsstaat im Leitbild kaum erscheint. Nun stellte er gemeinsam mit dem Landtagsabgeordneten Stefan Sarrach Thesen zur Rechtsstaatlichkeit zur Diskussion, beispielsweise: „Wir leben in einer ungerechten Gesellschaft. Und dies, obwohl die Verfassung das Gegenteil fordert.“ Sein Referat belegte, dass die Verfassung nicht

etwa eine Orientierung auf private Interessen Einzelner, sondern vielmehr auf das Gemeinwesen verlangt. Beide Redner unterstrichen die Notwendigkeit, möglichst viel politischen Einfluss auf die Besetzung von Richterämtern auszuüben, denn für den Bürger messe sich die Rechtspolitik am durchsetzbaren und sich durchsetzenden Recht. Die Thesen regten zur lebhaften Diskussion an – die Delegierten standen an den Saalmikrofonen „Schlange“. (Seite 11)

Im abschließenden Forum führten Vertreter der gemeinsamen Satzungsgruppe von Linkspartei und WASG die Teilnehmer in die Entwürfe für eine Landessatzung und eine Landesfinanzordnung ein. Da sich die WASG-Wahlhinzogen, konnten deren Delegierte nicht teilnehmen. Dennoch bildete das Forum einen informativen Auftakt für gemeinsame Debatten von Basisdelegierten. -ed

# Potsdam und „sein“ Fußball – Stadion

Antwort auf „Das Karli darf nicht sterben“ (PaS, Ausgabe Februar 2007, Seite 7)

## Anmerkung:

*Michel Platini ist Chef der UEFA geworden. Er ist bekanntlich Franzose – und guter Freund des FIFA-Chefs Blatter. Und Frankreich hat ebenfalls sein Interesse an der Frauenfußball-WM bekundet.*

*Wie auch immer in Peking entschieden wird: eine Sanierung des Karl-Liebnecht-Stadions ist dringend erforderlich. Wenn nicht – bleibt der Spruch „Das Karli“ darf nicht sterben“ nur ein frommer Wunsch oder leeres Geschwätz.*

Lutz Boedes Artikel fordert Widerspruch und Ergänzung heraus, weil er Annahmen und Halbwahrheiten munter miteinander verbindet.

Das beginnt schon beim Einstieg. Ich lasse jetzt mal die politischen „Trittbrettfahrer“ außen vor. Dass er aber bis heute nicht mitbekommen hat oder haben will, wie entscheidend die „vereinzelt Anwohner“ für die Zukunft des „Karli“ sein können – das ist schlicht fahrlässig. Ihm ist doch bekannt, das sich der Verein seit Jahren mit gerichtlich anhängigen Klagen von Anwohnern herumschlagen muss, die auch nicht durch die Veränderung der Stadionordnung, das Abdecken der Flutlichtreflektoren, die Senkung des Geräuschepegels (verhaltene Anfeuerungsrufe und leiser Torjubil – unter Ausschluss von Pauken und Trompeten) oder die Umplatzierung von Bratwurstständen (wegen angeblicher Geruchsbelästigung) beendet werden konnten. Immer wieder neue, minutiös aufgelistete Fakten werden bei Gericht vorgetragen, um den Wettkampfbetrieb zu ver- oder zu behindern. Erst im Zuge der Auseinandersetzung damit habe ich gelernt, was „ein außergewöhnliches Ereignis“ im Sinn der Emissionsschutzverordnung sein kann: ein Fußballspiel unter Flutlicht. Und dass die Stiftung Schlösser und Gärten kein Interesse an einer dauerhaften Genehmigung der Flutlichtanlage hat, ist auch bekannt.

Im Sommer beantragte die SPD-Fraktion tatsächlich, dass die Stadt beim DFB nicht nur Interesse bekunden solle, Austragungsort von Spielen bei der Frauenfußball-Weltmeisterschaft zu werden, sondern auch gleich noch alle Voraussetzungen prüfen zu lassen, welche Bedingungen ein Stadion erfüllen muss, wenn es WM-tauglich sein soll. Die Fraktion von L.B. (oder auch nur er) beantragte gleich noch, die Prüfung nur auf „bestehende Stadion-Standorte“ zu beschränken. Also nur auf das Karl-Liebnecht-Stadion (weil ja jeder weiß, dass es andere Stadien nicht gibt). Den Einwurf – da wäre ja das Stadion Am Luftschiffhafen kann man getrost beiseite lassen, weil dessen Maße, selbst wenn die Wurfan-

gen dauerhaft entfernt würden, nicht den Forderungen für internationale Spiele genügen. Und wer wollte den Leichtathleten erklären, dass sie nicht mehr Sport treiben dürfen, weil jemand auf die

Stadt bekundet, Austragungsort zu werden, wenn denn die WM überhaupt nach Deutschland vergeben wird und zugleich zusichert, dass bis 2011 Potsdam natürlich eine Spielstätte haben wird, auf der internationale Spiele ausgetragen werden können. Wer die Verhältnisse in unserer Stadt einigermaßen kennt – und das unterstelle ich Lutz Boede durchaus, der wird zustimmen, dass solch eine Bewerbung natürlich eine einmalige Chance darstellt, ein Stadion zu sanieren oder neu zu bauen.

Wer hat eigentlich „in den vergangenen Jahren (versucht) die große Babelsberger Fangemeinde“ von einem Umzug und wohin zu überzeugen? Für die Sanierung des Karl-Liebnecht-Stadions spricht eine Menge, und es gibt nur eine, klitzekleine Voraussetzung, die zu erfüllen ist: es muss nachgewiesen werden, dass das Stadion samt seiner Infrastruktur jetzt und über den Zeitraum von 2011 hinaus auch tatsächlich weiter genutzt werden kann und darf. Und wenn jemand mit einem Verkauf liebäugelt, wie L.B. schreibt, der muss natürlich mit dem Eigentümer sprechen – auch wenn es sich um ein Erbbaurecht handelt, zu dem der SV Babelsberg 03 vor Jahresfrist mit Unterstützung einer Mehrheit der Stadtverordneten kam.

So einfach, wie es Lutz Boede darstellt, ließe sich das nicht aufheben. In eben diesem Beschluss wurde übrigens auch festgelegt, ja, es war Voraussetzung für sein Zustandekommen, dass der Erbbaubnehmer dem 1.FFC Turbine ein dauerhaftes Recht zusichert, seine Spiele in diesem Stadion auszutragen. Und natürlich hat der 1.FFC einen Anteil an den Kosten für den Rasen getragen, sich an den notwendigen Rasenerneuerungen bzw. an erforderlichen Pflegemaßnahmen beteiligt und Platz- und Sicherungspersonal bezahlt, das zum Einsatz kam. Mehrfach wurden Kabinen durch Partner des 1.FFC in einen Zustand versetzt, dass sie den strengen Auflagen der UEFA standhielten. Gegen Wasserschäden z.B. in der Gästekabine, verursacht durch das undichte Dach, konnten wir allerdings auch nichts tun. Was sich hinter einer Formulierung verbirgt, der Verein nutze „weitgehend kostenlos“ das Karl-Liebnecht-Stadion, erschließt sich mir deshalb nur schwer. Auch, weil Lutz Boede bei den städtischen Sportplätzen nicht müde wird zu fordern, dass sie von Vereinen kostenlos genutzt werden können. Den abgesenkten, vertraglich zugesicherten Betrag an städtischen Mitteln für das Stadion kann Turbine nicht ausgleichen – vielleicht ist ja das gemeint.

Wer also das Karl-Liebnecht-Stadion erhalten und sanieren will, wer es ehrlich damit meint, sollte aufhören Stammtischparolen zu verbreiten, das Ausspielen der beiden Vereine beenden und die gemeinsamen Interessen befördern helfen.



Die „Pro-Karli-Demo“ in Babelsberg.

Idee gekommen ist, sich für die Austragung von Spielen während einer Fußball-WM zu bewerben.

Aber soweit ist es bis heute nicht. Ein Anruf beim DFB im Sommer gab schnell Aufklärung: Der DFB hat gegenüber der FIFA sein Interesse (das ist noch keine Bewerbung, weil dafür die Bedingungen noch gar nicht bekannt waren) an der Austragung der Frauenfußball-WM bekundet. Eine Entscheidung, wer Ausrichter sein wird, fällt während der WM in Peking im September dieses Jahres. Deshalb war der Antrag der SPD und seine Ergänzung ungeeignet.

Das Sinnvollste wäre ein kurzes Schreiben des Oberbürgermeisters gewesen, mit der er beim DFB das Interesse der

## IMPRESSUM

„Potsdams andere Seiten“  
Die Linke ◀ Monatszeitung für die  
Landeshauptstadt.

**HERAUSGEBER:** Kreisvorstand der  
Linkspartei.PDS, Potsdam: **Pete  
Heuer**, Vorsitzender. Alleestr.3,  
14469 Potsdam. **VERLAG:** petit  
edition Potsdam – Verlag und Media-  
consult: **Norbert Fiebelkorn**, Verle-  
ger: Friedrich-Ebert-Straße 38,  
14469 Potsdam (Verlag und Redak-  
tionen) **Bernd Martin**, Chefredak-  
teur (V.i.S.d.P.); Redaktionssekretari-  
at; Tel.: 0331/ 23 78 49-0; Fax: -9;  
email: pas.redaktion@gmx.net;

**ANZEIGEN:** Sekretariat.

**BANKVERBINDUNG:** Deutsche Bank  
Berlin Kto-Nr. 0311654; BLZ: 100  
700 00

**DRUCK:** OSSI-Druck Brandenburg.  
„PaS“ erscheint monatlich für  
12.000 LeserInnen. Nachdruck, auch  
auszugsweise, nur mit schriftlicher  
Genehmigung der Redaktion. Veröf-  
fentlichungen, die nicht ausdrücklich  
als Stellungnahme des Kreisvorstan-  
des und/oder der Redaktion gekenn-  
zeichnet sind, stellen die persönliche  
Meinung des/der AutorIn dar. Für un-  
verlangt eingesandte Manuskripte  
bzw. Fotos kann keine Haftung über-  
nommen werden. Für die Veröffentli-  
chung von Leserpost behält sich die  
Redaktion das Recht sinnwahrer  
Kürzungen vor.

**BILDAUTOREN:** Redaktion, Archiv

**Dach & Wand Ltd.** bietet an:  
z.B. 100 m<sup>2</sup> Dach  
(Incl. Abriss, Entsorgung, Folie, Lattung, Tonpfanne naturrot)  
**nur 4.980,-€ oder für nur 54,-€\* im Monat**  
\*100% Auszahlung, effektiver Jahreszins 4,28%

- Fassadenbau mit innovativen Lösungen für feuchte Außenwände
- Flachdachsysteme
- Innenausbau/Komplettlösungen

**Schnell handeln lohnt sich!**

Hohendorfer Straße 11, 39218 Schönebeck, Tel.: 0391 5639547

## „Deutschland, Deutschland über uns“

„Kabarett ist Satire!“ / Linkspartei lud zum politischen Aschermittwoch in die Reithalle

Für einen Neujahrsempfang ist es im Februar zu spät, für einen Frühjahrsempfang gab's nach dem lauen Winter eigentlich keinen Anlass. So wählte die Potsdamer Linkspartei in diesem Jahr eine neue Form des Jahresauftakts. Zum politischen Aschermittwoch lud der Kreisvorstand in die Reithalle A am Kulturstandort Schiffbauergasse.

Woher der politische Aschermittwoch kommt, lässt sich heute nicht mehr ganz zweifelsfrei nachvollziehen. Und auch über das Motiv für seine Erfindung darf trefflich spekuliert werden. Es gibt nämlich zumindest einen entscheidenden Unterschied zwischen den gewöhnlichen Karnevalsjecken und jenen, die sich Politiker nennen. Der gewöhnliche Jeck beschränkt das närrische Treiben auf die Zeit zwischen dem 11.11. und Aschermittwoch. In Regierungen und Parlamenten ist selbiges ganzjährig in gleich bleibender Intensität zu beobachten. Trotzdem käme wohl niemand auf den Gedanken, den Begriff „Prunksitzung“ mit einer Tagung z.B. des Brandenburger Landtags zu assoziieren. Auch sind die meisten Parteivorstände zu groß, um im Zweifel als „Elferrat“ durchgehen zu können und lediglich die Grünen beweisen mit ihrer Doppelspitze Gespür für die Erfordernisse eines anständigen Prinzenpaares. Prinzessin Claudia I. und Prinz Reinhard I. – solche Regenten braucht das Land.

Gelacht wurde ja in letzter Zeit auch über Potsdam viel, zumindest, wenn man der medialen Berichterstattung über die Stadtschlossdebatte Glauben schenken darf, die die Stadt über Monate in Atem hielt. Die Potsdamer bewiesen neben enormer Geduld auch eine gehörige Portion Humor in dieser Sache. Und die Linken standen als vermeintliche Schlossverhinderer häufig genug im öffentlichen Kreuzfeuer. Aber offenbar können die Genossen auch über sich selbst lachen. Eine bessere Ausgangslage für die Premiere des politischen Aschermittwochs der Potsdamer Linkspartei konnte es eigentlich nicht geben.



Der Kreisvorsitzende Pete Heuer übernahm die Einstimmung des Publikums. Wurde ihm auch vorher schon häufig ein lockeres Mundwerk nachgesagt, so bewies er, dass er diesen Ruf zu Recht hat. Er berichtete über Aufenthalte in der Wüste – und meinte nur zum Teil die Brandenburger Einöden. Und er bedankte sich bei den eingeflogenen Rheinländer Regierungsbeamten für den Import des Karnevals, nicht ohne festzustellen, dass wir Brandenburger auf die sonstigen Importe gut hätten verzichten können.

Der Hobbykabarettist Peer Jürgens, im „Nebenberuf“ Brandenburger Landtagsabgeordneter, gestaltete mit einem rund einstündigen literarisch-kabarettistischen Programm „Deutschland, Deutschland über uns“ den kulturellen Teil des Abends. Und da durfte das Schloss natürlich nicht fehlen. Zu Heintjes Schlager „Ich bau Dir ein Schloss“ flimmerten Bilder des alten Potsdams über die Leinwand. Die anschließende satirische Auseinandersetzung mit dem Potsdamer Polit-Theater beschloss Peer Jürgens sicherheitsshalber mit dem Hinweis darauf, dass Kabarett schon vom ZK der SED per Beschluss zu Satire erklärt wurde und damit mehr dürfe als der gemeine Abgeordnete im Arbeitsalltag. Bekannte Autoren wie Tucholsky, Brecht und Wedel

standen Pate für das Programm, aber auch eigene Texte führten scharfzüngig quer durch den politischen Gemüsegarten. Einer der Höhepunkte des Abends war sicher die Interpretation des „Kanonensongs“ aus der Dreigroschenoper. Der Klassiker wurde hier in den Kontext der aktuellen Auslandseinsätze der Bundeswehr gestellt. Dass hierbei und auch an manch anderem Punkt im Programm den Zuschauern das Lachen im Halse stecken blieb, war durchaus beabsichtigt. „Unser Programm soll natürlich unterhalten, aber auch zum Nach- und Weiterdenken anregen. Als Berufspolitiker hat man natürlich eine andere Herangehensweise als klassische Kabarettisten. Wir wollen von innen heraus neue Sichten auf Politik eröffnen.“, so Jürgens. Und dabei machte er auch vor der eigenen Partei nicht Halt. Mit einem Text über Vereinigungsparteitage gestern und heute sowie die Gemeinsamkeiten politisch engagierter Saarländer blickte er auf die Irrungen und Wirrungen des Fusionsprozesses.

Eines haben die Genossen jedenfalls ganz gewiss bewiesen: Politik kann und darf Spaß machen. Aber sie muss auch den nötigen Ernst mitbringen, sich den Problemen der Menschen zu stellen.

sw

### Vernissage zum Frauentag

Anlässlich des Internationalen Frauentages und der Brandenburger Frauenwoche laden der Kreisverband Potsdam der Linkspartei.PDS und das Bürgerbüro der Landtagsabgeordneten Anita Tack zu einer Vernissage ein:

**9. März 2007 von 10.00 bis 12.00 Uhr**  
**Alleestraße 3,**  
**14469 Potsdam,**

Haus der Linkspartei.PDS.  
Dr. Klaus-Uwe Gunold zeigt seine Fotos von einer Vietnamreise im Oktober/November 2006 und der Verein vietnamesischer Frauen aus Potsdam „Song Hong“ stellt seine Arbeit und insbesondere sein Projekt „Hilfe für die Opfer von Agent Orange“ vor.

*Ein Vietnam-typischer Imbiss wird gereicht.*

## Mehr Verkehrssicherheit durch Prävention

Zur Verkehrsunfallbilanz 2006 des Innenministers erklärte die verkehrspolitische Sprecherin und Präsidentin der Landesverkehrswacht Anita Tack: „Weniger Unfälle, weniger Verletzte und weniger Tote – das ist eine erfreuliche Bilanz, an der neben der Polizei auch die Landesverkehrswacht mit ihrer Präventionsarbeit maßgeblichen Anteil hat.“ Diese umfasse alle Altersgruppen, angefangen bei den Vorschulkindern, Schulkindern. Jugendlichen und Fahranfängern bis hin zu der immer größer werdenden Bevölkerungsgruppe der SeniorInnen. Auch das landesweite Forum Verkehrssicherheit mit seinen Vorschlägen zur Qualifizierung des Verkehrssicherheitsprogramms des Landes trage dazu bei. Dennoch dürfe nicht verschwiegen werden, dass Brandenburg nach wie vor die bundesweite Unfallstatistik anführt. Die Hauptunfallursachen wie überhöhte Geschwindigkeit sowie Fahren unter Alkohol und Drogen sind weiter zu bekämpfen. „Dabei fordern wir konsequent Geschwindigkeitsbegrenzungen auf Autobahnen und Bundesstraßen sowie ein Gesetz für 0,0-Promille für alle im Straßenverkehr. Denn nicht die Alleebäume sind Schuld an Unfällen, sondern häufig das Fahren mit überhöhter Geschwindigkeit. Deshalb heißt unsere Antwort darauf: Geschwindigkeit runter und Alleen erhalten.“

## Kein Stellabbau im Filmmuseum

Das Potsdamer Filmmuseum leistet seit vielen Jahren eine überregional anerkannte Kulturarbeit und begeistert mit seinen qualitativ hochwertigen Veranstaltungen und Ausstellungen viele Potsdamerinnen und Potsdamer ebenso wie zahlreiche Besucher der Landeshauptstadt. Die Beschäftigten des Potsdamer Filmmuseums mussten in den vergangenen Jahren schon mehrere Einschnitte und Kürzungen ertragen. Unter diesen eingeschränkten Bedingungen ist eine qualifizierte Arbeit nur unter höchsten Anstrengungen und mit viel ehrenamtlichem Engagement möglich. Und nun plant Finanzminister Speer weitere Stellenkürzungen. Ein weiterer Abbau von sechs der insgesamt 27 Stellen wäre jedoch nicht zu verkraften. Deshalb fordert Anita Tack (MdB) vom Finanzminister: „Geben Sie Ihre Absicht auf, Kosten zu Lasten des Filmmuseums einzusparen! Diese Forderung erhebe ich auch als Mitglied des Vereins der Freunde und Förderer des Filmmuseums Potsdam.“ Speer solle das kulturelle Angebot der Landeshauptstadt, zu dem auch das Filmmuseum gehört, nicht durch kurzfristige Personalentscheidung in seiner Substanz gefährden. Er wäre gut beraten, die Landeshauptstadt insgesamt zu betrachten und sich nicht nur einseitig auf den Alten Markt und den Landtagsneubau zu fixieren.

## 1907 Einer der besten Köpfe

Zum 100. Geburtstag von Helmuth James Graf v. Moltke

Erst 1992 – zum 85. Geburtstag des Helmuth James Graf v. Moltke am 11. März – wurde für ihn eine Gedenktafel am vormaligen Realgymnasium in der Hegelallee 30 enthüllt. Sie gibt Auskunft über den ehemaligen Schüler: „Er war Initiator des Kreisauer Kreises der Hitlergegner und maßgebende Persönlichkeit im Widerstand.“

Nach Ablegen des Abiturs am 20. März 1925 begann er mit seinem Studium der Landwirtschafts- und der Rechtswissenschaft, um, einer Familientradition folgend, die Verwaltung des Gutes in Kreisau zu übernehmen. Doch ließ er sich als Anwalt in Berlin nieder und half als Fachmann für internationales Recht so manchem bedrängten Juden, sich selbst und seinen Besitz aus Nazideutschland zu retten. Mit Ausbruch des Krieges wurde v. Moltke als ein solcher Fachmann zum Oberkommando der Wehrmacht eingezogen. Diese Position verpflichtete ihn, sich über ausländische Fragen und Probleme zu informieren und auch in neutrale Länder zu reisen. So erhielt er Informationen und gab die seinen weiter. Die beispielsweise, dass gegen die dänischen Juden drastische Maßnahmen vorbereitet würden. Viele von ihnen konnten sich noch rechtzeitig in Sicherheit bringen. Auch dem norwegischen Bischof Berggrav rettete er auf diese Weise das Leben. Doch aktiven Widerstand gegen Hitler zu leisten, das war nicht seine Sache und die seiner Freunde und Gleichgesinnten.

Zu ihnen gehörten Militärs wie Peter Yorck von Wartenburg, Männer des Glaubens wie F. R. Roesch, Provinzialpater der bayrischen Jesuiten, und Harald Pölschau, evangelischer Gefängnispfarrer in Tegel, Sozialdemokraten wie Adolf Reichwein und Julius Leber sowie Rechtswissenschaftler wie Prof. Hans Peters von der Universität Berlin.

Was v. Moltke in einem Brief aus dem Jahre 1942 an einen englischen Freund geschrieben hatte, war für all diese Männer Handlungsmaxime: „Wir können nur erwarten, dass wir unser Volk dazu bringen, diese Herrschaft des Schreckens und Grauens zu stürzen, wenn wir ihm [...] ein Bild zeigen können [...], das so aussieht, dass die Menschen [...] sich sagen: Es

lohnt sich, danach zu streben [...] dafür neu anzufangen.“

Um das „Danach“ stritten v. Moltke und seine Freunde unter äußerst schwierigen Bedingungen. „Kannst Du Dir vorstellen, was es heißt“, schilderte v. Moltke im gleichen Brief, „als eine Gruppe zu arbeiten, wenn du das Telephon nicht benutzen, keinen Brief aufgeben kannst, wenn du nicht die Namen Deiner intimsten Freunde deinen anderen Freunden nennen darfst, weil Du fürchten musst, einer von ihnen könne gefasst werden und unter Druck die Namen preisgeben?“

Trotz dieser schwierigen Bedingungen breitete sich ein weites Netz von Fäden des Kreisauer Kreises über Deutschland aus. Auch in Kreisau trafen sich die Mitglieder auf dem Familiengut derer v. Moltke, um Künftiges und Aktuelles zu beraten. Das war zu Pfingsten 1942, im Oktober 1942 sowie zu Pfingsten 1943.

Donnerstag, den 20. Juli 1944, erlebte v. Moltke nicht in Freiheit. Im Januar 1944 hatte er einen Mann gewarnt, den die Gestapo suchte. Dieser, dann doch festgenommen, machte Aussagen, die auf v. Moltke als warnenden Informanten hinarbeiteten. Daraufhin wurde er verhaftet, auch verhört, doch ging alles glimpflich ab. Wenige Tage nach dem 20. Juli wurde v. Moltke wieder auf freien Fuß gesetzt. Doch Mitglieder des Kreisauer Kreises waren beteiligt an den militärischen Ereignissen des 20. Juli. Und bei ihnen fand die Gestapo Dokumente, die auf ihn, v. Moltke, hinarbeiteten. Es war also nur eine

Frage der Zeit, wann er erneut verhaftet werden würde.

Das geschah im Januar 1945. Bereits am 10. Januar zerrte man ihn vor die Schranken des Volksgerichtshofs. Roland Freisler, dessen ‚Präsident‘, wollte seinen Auftrag, v. Moltke zu diffamieren, erfüllen, doch das gelang ihm nicht. Zwar beschimpfte er ihn als ein „von Defätismus zerfressenes, ungewöhnliches Charakterschwein“, doch erreichte er sein Ziel nicht. Ein unter Goebbels Fuchtel stehender Journalist notierte insgeheim: „Ein sonderbarer Mensch, dieser Moltke [...] So muss Christus vor Pilatus gestanden haben [...] aber das kann ich doch unmöglich schreiben.“

Das Freisler'sche Todesurteil konnte nicht ausbleiben. Was aber bestrafte er so hart? Eine direkte Tat gegen Hitler war nicht nachzuweisen. Helmuth James Graf v. Moltke gibt die Erklärung in seinem letzten Brief vom 10. Januar 1945 an Freya, seine Frau: „Dadurch, dass festgestellt ist, dass ich großgrundbesitzerfeindlich war, keine Standesinteresse, überhaupt keine eigenen Interessen, ja nicht einmal die meines Landes vertrat, sondern menschheitliche, dadurch hat Freisler uns unbewusst einen ganz großen Dienst getan...“

Am 23. Januar 1945 wurde v. Moltke in Berlin-Plötzensee hingerichtet. Wie schrieb der Lyriker und Dramatiker Albrecht Haushofer, selbst ein Opfer Hitlers: „Es gibt wohl Zeiten, die der Irrsinn lenkt. Dann sind's die besten Köpfe, die man henkt.“ -rt



## 1982 „Die Gerechten von Kummerow“

Am 18. März 1982 hatte ein DEFA-Spielfilm Premiere, der bald zu den Lieblingsfilmen der Babelsberger Filmfabrik avancierte: „Die Gerechten von Kummerow“ nach Motiven der Romane von Ehm Welk „Die Heiden von Kummerow“ und „Die Gerechten von Kummerow“. Die offizielle Filmkritik aber sah das bei dem Film von Wolfgang Luderer ein wenig anders. Der „Filmspiegel“ schrieb: „Vielleicht mag es für manchen Reize haben, ei-

nen leicht erklärenden Blick in eine ferne, scheinbar heile Welt und in Menschlich-Allzumenschliches zu tun. Wer kann, findet hier möglicherweise Unterhaltung und Entspannung. Wer es nicht kann – wie der Rezensent –, lasse ändern diesen schnellen Spaß und warte auf kräftigere Kunstleistungen.“

Das hielt das DDR-Publikum nicht davon ab, gern diesen DEFA-Streifen zu sehen.

## 1957 August Schneider

Die ersten Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) waren in der DDR bereits 1955/56 entstanden, doch kam den „werkstätigen Einzelbauern“ für die Versorgung der Bevölkerung noch größte Bedeutung zu. Sie zu unterstützen, war bereits kurz nach dem Krieg die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) gegründet worden. Selbstverständlich sollte auch in dieser Organisation die führende Rolle der Partei durchge-

setzt werden. Dieser Aufgabe stellte sich auch August Schneider. Als er am 14. März 1957 verstarb (geb. 21. Mai 1893), schrieb der Kreisvorstand Potsdam der VdgB:

„Der Verstorbene war stets pflichtbewusst und einsatzbereit und durch seine Kollegialität bei allen Mitarbeitern und unseren werktätigen Bäuerinnen und Bauern geschätzt. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.“

## Fusion von unten

### Potsdamer Kreisverband der Linken unterstützt Kreisverbände in Baden-Württemberg

Dass sich die innerparteiliche Solidarität bei der Potsdamer Linken nicht auf den Länderfinanzausgleich beschränkt, ist mittlerweile eine allgemein bekannte Tatsache. Unzählige Potsdamer GenossInnen waren in den vergangenen 17 Jahren zu Wahlkampfesätzen in den alten Bundesländern unterwegs, und immer wieder wurden Aktionen dort finanziell und materiell vom Potsdamer Kreisverband unterstützt. Aber trotz all dieser Aktivitäten brachte erst die anstehende Fusion mit der WASG die Chance auf eine wirklich gesamtdeutsche Linke. Um diese Entwicklung tatkräftig zu unterstützen, beschloss der Kreisparteitag der Potsdamer Linken im November 2006 eine Partnerschaft für den Regionalverband Ost-Württemberg und den Stadtverband Weinheim der Linkspartei. Vom 9.-11. Februar waren der stellvertretende Potsdamer Kreisvorsitzende Stefan Wollenberg und ein Vertreter der jungen Linken, Michael Kahle, zu Gast in Baden-Württemberg. Ziel des Besuchs war neben dem gegenseitigen Kennenlernen die Erstellung eines Arbeitsplanes für dieses Jahr.

Schnell wurde klar: In den alten Bundesländern entwickelt die Vereinigung von Linkspartei und WASG noch eine wesentlich höhere Dynamik, als wir dies in Brandenburg erleben. Das wird schon in der Mitgliederentwicklung deutlich. Noch im November hatte beispielsweise die Weinheimer Linke 15 Mitglieder. Inzwischen sind es 21 und die Vereinigung mit der WASG ist praktisch bereits vollzogen. Bei den Partnern in Geislingen fällt der gerade erst gegründete Regionalverband dem neuen Parteistatut zum Opfer und wird zum ordentlichen Kreisverband Göppingen. Die Linke hat dort ca. 15, die WASG 38 Mitglieder. Auch hier gibt es eine gute Zusammenarbeit und personelle Überschneidungen. Die Weinheimer hatten ja schon im Landtagswahlkampf 2006 Unterstützung aus Potsdam erfahren und damit das zehntbeste Ergebnis von 70 Wahlkreisen eingefahren. Der Kontakt mit den Geislingern war



Vor dem „Roten Turm“ in Weinheim.

durch deren Einsatz im Berliner Wahlkampf zustande gekommen. Beide Regionen liegen 250km weit auseinander und sind eher ländlich geprägt. Das stellt die kleinen Parteiorganisationen vor ganz ähnliche Probleme: Mit wenigen Leuten in der Fläche wahrnehmbar zu werden. Denn die nahegelegenen Großstädte Stuttgart für Geislingen und Heidelberg/Mannheim für Weinheim ziehen auch innerparteilich einen Großteil der Aktivitäten an. Gleichzeitig liegt aber auch gerade hierin eine große Chance, denn das Auftreten der Linken im ländlichen Raum hat dort schon einen Neuigkeitswert an sich. So können auch kleine Aktivitäten große Wirkung entfalten. Da die mit der Fusion im Zusammenhang stehenden Fragen zur Zeit einen erheblichen Teil der Kapazitäten vor Ort binden, wollen die Potsdamer Genossen mit ihren Erfahrungen Unterstützung bei der Organisation von Aktivitäten leisten. So wurde beispielsweise vereinbart, Presseerklärungen, Flyer und sonstige Materialien auf Wunsch in Potsdam erstellen

und ggf. auch produzieren zu lassen. Im Laufe des Jahres sollen Potsdamer Wahlkämpfer ihre organisatorischen Erfahrungen in Wochenendseminaren den Genossen in Baden-Württemberg vermitteln. Mit den Weinheimern ist für den Sommer ein Straßenfest geplant, mit dem die dann vollzogene Parteienfusion gefeiert werden soll. Auch an einer Wahlstrategie für die Kommunalwahlen, die dort im Frühjahr 2009 stattfinden werden, soll gemeinsam gearbeitet werden. Beide Kreisverbände werden im August beim Potsdamer Sommerfest zu Gast sein und sich dort auch der Potsdamer Basis vorstellen. Die Geislinger haben ein besonders anspruchsvolles Ziel. Im Sommer wollen sie eine Geschäftsstelle im örtlichen DGB-Haus eröffnen, die täglich besetzt sein soll und hoffen auch dafür auf Potsdamer Unterstützung.

Es gibt also eine Vielzahl von Ideen für gemeinsame Aktivitäten, die das gemeinsame Projekt der neuen Linken mit Leben erfüllen sollen und werden.

—SW

## „Coca-Cola boykottieren“

Trotz einigen Widerstandes hat [solid] brandenburg sich auf dem Parteitag der Linkspartei.PDS Brandenburg in Blossin mit folgendem Beschluss durchgesetzt:

„Die Linkspartei.PDS Brandenburg wird ab sofort Produkte der Coca Cola Company weder erwerben noch auf eigenen Veranstaltungen vertreiben. Der Landesparteitag fordert die Gliederungen des Landesverbandes auf, keine Produkte der Coca Cola Company mehr zu erwerben oder

zu vertreiben. Wir rufen ferner unsere Mitglieder und Sympathisantinnen dazu auf, in ihrem privaten Alltag auf den Erwerb und Konsum von Coca Cola Produkten zu verzichten. Die Linke.PDS unterstützt die vom Jugendverband [solid] Brandenburg initiierte Kampagne „Killerbrause“.



## Keine Macht für G8

Anfang Juni 2007 treffen sich die Regierungschefs der acht mächtigsten Industrienationen, die G8, zu ihrem jährlichen Gipfeltreffen, diesmal in Heiligendamm bei Rostock. Zur Vorbereitung der Proteste zum G8-Gipfel in Rostock im Juni 2007 entsteht ein Bündnis, das plant, 100.000 Menschen in die Hansestadt zu bringen, um dem Protest gegen die G8 eine laute Stimme zu geben. Es soll in Rostock eine Großdemonstration, einen Gegengipfel, Kulturveranstaltungen, Camps und Blockaden geben. Geplant ist eine Beteiligung aus dem Spektrum der globalisierungskritischen Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen, aus dem entwicklungspolitischen und Umweltbereich, Gewerkschaften, kirchlichen Organisationen und linken Parteien. Eine große internationale Mobilisierung aus dem Spektrum der europäischen linken Parteien und Bewegungen ist ebenfalls in Vorbereitung.

staltungen, Camps und Blockaden geben. Geplant ist eine Beteiligung aus dem Spektrum der globalisierungskritischen Bewegungen, Nichtregierungsorganisationen, aus dem entwicklungspolitischen und Umweltbereich, Gewerkschaften, kirchlichen Organisationen und linken Parteien. Eine große internationale Mobilisierung aus dem Spektrum der europäischen linken Parteien und Bewegungen ist ebenfalls in Vorbereitung.





Die „Seerose“ sucht seit Kurzem neue Betreiber.



Seit vielen Jahren ein Schandfleck: die „Ufergaststätte“.



## AFFE, SCHAF und KÄNGURU

Vorgestellt: Der Verein Brandenburger Vorstadt e.V./Von W. Preller

Kontakt:  
[www.brandenburger-vorstadt.de](http://www.brandenburger-vorstadt.de)

Gegründet wurde der Verein am 26.11.1996 von 17 Personen, vornehmlich aus der Brandenburger Vorstadt. Acht von den Gründern sind heute noch dabei. Mehr als 40 Menschen wirken heute als Mitglieder am Vereinsleben mit. Bewohner und Geschäftsleute aus dem Stadtteil, auch Freunde und Unterstützer aus ganz Potsdam und Umgebung. Der Verein will die Entwicklung der gesamten Brandenburger Vorstadt fördern und die Verbundenheit und Identifikation der Anwohner mit ihrem Stadtteil stärken.

Nach dem Selbstverständnis des Vereines umfasst die Brandenburger Vorstadt das gesamte Gebiet westlich des Brandenburger Tores bis zum Bahnhof Pirschheide.

Im Stadtteil finden sich vielfältige Zeugnisse der Baugeschichte Potsdam. Vom Neuen Palais bis zu den WBS-70-Bauten in Potsdam West. Zum Stadtteil gehören die Gartenstadtsiedlungen „Stadtheide“, „Im Bogen“, „Sonnenland“ genauso wie die „Siedlung am Schillerplatz“ und die Neubauten auf dem Kiewitt. Eine bewegte Geschichte hat die „Siedlung am Schillerplatz“. Gebaut wurde sie unter Federführung des damaligen Oberbürgermeisters in der zweiten Hälfte der 30er Jahre. Teilweise durch Bombenangriffe Ende des 2. Weltkrieges zerstört, im Nationalen Aufbauwerk gegen Ende der 50er Jahre wieder vollständig hergerichtet. So sprechen Bauten, wenn man sie lesen will. Insgesamt ist dieser Teil Potsdams geronnene Geschichte von mehr als 220 Jahren.

Etwa jeder achte Potsdamer wohnt in dem Gebiet, um das sich der Verein kümmert. Rund 17500 sind das. In den vergangenen Jahren hat sich eine sichtbare Veränderung der Einwohnerschaft vollzogen. Vor allem in den sanierten Jugendstilhäusern wohnen heute viele

Menschen, die aus verschiedenen Gegenden Deutschlands kommen. Einige von ihnen nehmen aktiv am Vereinsleben teil. Andere Vereinsmitglieder leben seit mehr als 50 Jahren hier. Mitglieder der Linkspartei, der SPD und der CDU wirken aktiv mit.

Ein wichtiger Zweck des Vereines, so ist es in der Satzung zu lesen, ist die Förderung des Heimatgedankens, des Denkmalschutzes sowie der Kunst und Kultur.

Der Verein nimmt Stellung zu Planungen und zur Gestaltung von Einkaufsmöglichkeiten, von Straßen, Spielplätzen. Das Ringen um mehr Sauberkeit im Stadtteil, die Pflege der Grünflächen sind Elemente seines Handelns. Vertreter des Vereines stellen gezielt Anfragen in den Bürgersprechstunden. Der Verein hat verschiedene gut besuchte Bürgerversammlungen zu Themen wie Verkehr, Handel, Schulen und Spielplätze, Sauberkeit und Ordnung und auch zur Geschichte von Teilen der Brandenburger Vorstadt organisiert. Neben kompetenten Vertretern und Vertreterinnen der Stadtverwaltung, von Unternehmen, Vereinen Institutionen nehmen Abgeordnete der Parteien, die im Stadtparlament vertreten sind, gerne an den Veranstaltungen des Vereins teil und stellen sich den Fragen der Teilnehmer. Ein Erfolg war die Aufstellung von mehreren Hundetoiletten. Auch die Anregung zur Teilnahme am Wettbewerb um den schönsten Vorgarten gehörte zu den Aktivitäten. Das Interesse der Anwohner vertritt der Verein auch bei der Erhaltung der „Gesundheitsgasse“ zwischen der Känguruapothek auf der Geschwister-Scholl-Straße vorbei am ehemaligen Kino Charlott bis zur Zeppelinstraße.

„AFFE, SCHAF UND KÄNGURU“ – der Name des Stadtteilstestes ist wohl manchem Einwohner von Potsdam-West,

vom Kiewitt und anderen Teilen der Brandenburger Vorstadt geläufiger als der Name des Vereines dessen Kind das Fest ist. Affe und Schaf gehören schon lange, sehr lange zur Brandenburger Vorstadt. Der Affengang, ein schmaler Pfad im Park Sanssouci, der Schafgraben, ein Wasserkanal aus ihm heraus, sind wie das nahe Kuhtor als die meisten heute in deren Nähe stehenden Gebäude bekannt. Das Känguru als drittes Tier der Namensreihe kommt von der Apotheke gleichen Namens. Seit Mitte der 90er Jahre des letzten Jahrhunderts gibt es diese Apotheke bei uns.

1997, 1998, 1999, 2001, 2003, 2004, 2005, 2006 – acht mal in zehn Jahren trafen sich jeweils mehrere tausend Besucher auf dem Platz vor der Erlöserkirche. Jedes Stadtteilstes hatte sein eigenes Thema. Auch da sind die demokratischen Parteien jährlich mit Ständen vertreten. Im Verein arbeiten drei Arbeitsgruppen. Die AG Jugendstilarchitektur, die AG Stadtteilentwicklung und die AG Grün. Um da mitmachen zu können, braucht man nicht Mitglied des Vereines sein. Der Mitgliedsbeitrag beträgt 1,50 Euro pro Monat. Für Schüler, Studenten und Personen mit geringem Einkommen 0,50 Euro. Kein Hindernis also. Der Verein lebt auch durch die sehr verschiedenen Biografien seiner Mitglieder. Alte Potsdamer, in DDR-Zeiten Zugezogene, nach 1990 Wiedergekommene, Menschen aus verschiedenen Teilen Deutschlands und aus anderen Ländern sind ein Spiegelbild der Einwohnerschaft überhaupt. Der Verein ist ein Feld des Kennenlernens. Nähere Informationen aller Art sind über die Internetadresse [www.brandenburger-vorstadt.de](http://www.brandenburger-vorstadt.de) zu finden. Wichtige Termine finden sich genauso wie Adressen von Vereinsvorstandsmitgliedern und Sprechern der AG.

# Quo vadis Potsdam-West in 2007 ?

Im Interesse der Bürger wirken/Von Ralf Jäkel, Stadtverordneter der Linkspartei.PDS

Wie geht es in unserem Stadtteil weiter? Etliche Schandflecke zeigen großes Beharrungsvermögen. Oft ist Gerangel um Geld die Ursache, manchmal bürokratische Hürden oder einfach Gleichgültigkeit. So muss man sich wohl den Zustand des verwahrlosten Kinos Charlott erklären. Die Stadt verweist hilflos auf private Eigentümer und dass sie dagegen „nichts tun könne“. Anders verhält es sich mit der früheren Kindereinrichtung in der Knobelsdorffstraße. Diese soll demnächst wieder als Kita eröffnet werden, um den Bedarf im Stadtteil besser zu decken.

Viele fragen sich auch, ob sich auf dem Gelände zwischen Zeppelinstraße und Havel etwas tun wird. Dazu habe ich am 02.02.2007 von Herrn Walter Momper die Auskunft erhalten, dass das geplante Vorhaben bis jetzt durch schwierige Grundstücksverhandlungen blockiert war. Nun wird im Frühjahr der Bauantrag für das SB-Warenhaus gestellt. Mit dem Bau der Kaufland-Filiale wird auch die Renaturierung des Ufers begonnen. Dabei wird der durchgehende Uferwanderweg erhalten. Anschließend werden die Projekte Wohnhäuser und Seniorenwohnhäuser entwickelt.

Die Pflege des Uferbereiches beschäftigt uns auch an anderen Stellen. Zum Beispiel in der Neustädter Havelbucht kommt es regelmäßig zum Anschwemmen von Treibmüll auf dem Wasser vor der Moschee. Auf meine diesbezügliche Frage an die Verwaltung erfuhr ich, dass jetzt der Reinigungszyklus an dieser Stelle verdichtet wurde. Nun entsorgt die STEP jeden Monat angeschwemmten Müll. Ich hoffe, dass damit dieser wichtige Bereich künftig sauberer ist.

Weitere Fragen wie z. B. nach Fahrradständern für den Bahnhof Charlottenhof werde ich auf der nächsten SVV-Sitzung an die Verwaltung richten. Allerdings ist

zu befürchten, dass uns dabei mangelnde Haushaltsmittel vorgehalten werden, wie früher schon bei unseren vergeblichen Bemühungen, bei der kleinteiligen Aufwertung von Neubaugebieten endlich auch einmal Potsdam-West zu berücksichtigen.

Nach der mehrheitlichen Beschlussfassung von 29 Stadtverordneten gegen 16 Stimmen zum Landtagscenter am Alten Markt werden wohl die Geldverteilungskämpfe in Potsdam an Schärfe zunehmen! Allein die „Baufeldfreimachung“ für den Gebäudeteil auf der Verkehrskreuzung wird mehr als 35 Millionen Euro verschlingen. Zumindest konnte unsere Fraktion die Umfeldsanierung und die Durchwegung sichern und zur Schadensbegrenzung die Forderung nach Optimierung der Verkehrslösung. Wenn es nicht gelingen würde, wie von uns beantragt, die Friedrich-Ebert-Straße im Hauptnetz zu belassen, dann müssten jeden Tag ca. 10.600 Fahrzeuge auf Umwegen durch das dicht belastete Potsdamer Stadtgebiet ausweichen! Viele davon würden zusätzlich in Zeppelinstraße, Hegelallee, Yorckstraße und andere Straßen abgedrängt. Was das für die Anwohner bedeutet, die schon heute unter Lärm, Feinstaub über Grenzwert und Stau leiden müssen, brauche ich wohl nicht näher zu erklären.

Auch die unselige Debatte, ob man dann doch noch eine ISES quer durch Potsdam-West bauen sollte, würde neue Spekulationen erfahren, obwohl bereits jetzt jedem vernünftigen Menschen klar ist, dass unmöglich eine Stadtautobahn verträglich zur Kreuzung Zeppelin- / Nansenstraße geführt werden könnte. Ich werde mein Wahlversprechen halten und weiterhin strikt gegen solche Pläne auftreten. Aber auch die anderen Stadtverordneten müssen den Zusammenhang der verschiedenen Teilentscheidun-



Gern besucht: Die „Waschbar“ in Potsdam-West.

gen begreifen, damit nicht eine Kette von ungewollten Folgeentscheidungen durch Sperrung der Friedrich-Ebert-Straße losgetreten wird! Auch die Verbindung der Verkehrskonzepte von Potsdam und dem Umland muss erarbeitet werden, für Bahn und Bus aber auch für Kraftfahrzeuge aller Art, von denen bereits jetzt 54% mit Kennzeichen PM oder B oder übrigen auf der Langen Brücke in Potsdams Mitte gezählt wurden! Das Potsdamer Verkehrsproblem wird sehr wohl anteilig auch durch die Umlandgemeinden erzeugt. Und wir können nicht zulassen, dass uns weiter einzelne Vertreter des Umlands bei der Klärung, ob eine Havelspanne am Templiner See nützlich wäre oder nicht, auf der Nase rumtrampeln und eine sachliche Abwägung im Interesse der Mehrheit der Bürger behindern. Alle getroffenen Entscheidungen wirken in Zusammenhängen: Stadtteil und Stadtzentrum, Potsdam und Umland, Sachentscheidungen und finanzielle Auswirkungen. Nur wer diese Zusammenhänge beachtet, kann erfolgreich Bürgeranliegen umsetzen.



Das „Charlott“-Kino gammelt vor sich hin...



Und hier soll der „Momper-Bau“ hin...

# David Copperfield im Wissenschaftsministerium

**Für die Landesregierung haben Hochschulen Priorität – die Wirklichkeit sieht anders aus**

Die Linksfraktion im Landtag ist sich in einem Punkt mit der Landesregierung einig: Bildung und Wissenschaft sind die Kernbereiche für die Entwicklung unseres Landes. Eine qualitativ hochwertige Ausbildung junger Menschen ist nicht nur ein erstrebenswertes Ziel, sondern angesichts der demografischen Entwicklung auch eine Notwendigkeit.

Umso unverständlicher ist es, dass die Hochschulen Brandenburgs seit Jahren unterfinanziert sind und nicht die nötige Ausstattung erhalten. Im bundesweiten Vergleich liegt Brandenburg fast immer an letzter Stelle – ob bei den Ausgaben pro Studierenden, dem Anteil am Haushalt oder bei den Ausgaben pro Einwohner. Selbst eine durch die Landesregierung in Auftrag gegebene Studie bescheinigt unserem Land einen erheblichen Rückstand.

An der Universität Potsdam studieren derzeit rund 18.000 junge Menschen. Ausgelegt ist die Hochschule für etwa 10.000 Studierende. Die Uni hat weder den Platz noch das Personal für so viele Lernende. Seminare gleichen eher Vorlesungen, Sprachkurse finden teilweise mit über 50 Personen statt und in manchen Übungen übt man eher das Platzfinden. Die stetig steigende Zahl von Studierenden ist aber keine Überraschung – Prognosen haben dies lange angekündigt. Es ist sogar sehr wichtig, dass es noch mehr Studierende in Brandenburg gibt. In kaum einem anderen Bundesland ist der Anteil der Studierenden so gering wie bei uns. Aber dafür müssen die Bedingungen dringend verbessert werden.



Der Universität Potsdam wurden in den letzten 10 Jahren bei steigenden Studierendenzahlen 10 Stellen bei den ProfessorInnen und sogar 200 Stellen bei den wissenschaftlichen MitarbeiterInnen gekürzt. Der Haushalt der Uni ist seit Jahren nahezu konstant, obwohl die laufenden Kosten ständig steigen. Allein für die Deckung der Betriebskosten müssen Stellen unbesetzt bleiben. Doch auch im „Kleinen“ macht sich die Finanznot bemerkbar: Studierende müssen für die Seminarlektüre selbst bezahlen, DozentInnen bringen persönliche Kreide mit, aktuelle Zeitschriften kann die Bibliothek

nicht beschaffen. Zwar baut das Land schöne neue Gebäude (z.B. die Bibliothek am Neuen Palais oder die Häuser auf dem Campus Golm), für den „Inhalt“ hat die Uni aber kaum das Geld.

Die „Priorität Hochschule“ der Landesregierung ist eine Illusion. Wer Forderungen an die Hochschulen stellt, muss diese auch bedarfsgerecht finanzieren. Mit dem derzeitigen Budget kann auch die Uni Potsdam weder ihre Lehrqualität verbessern noch die zukünftigen Herausforderungen bewältigen.

*Peer Jürgens,  
hochschulpolitischer Sprecher*

## Bürgerhäuser

*Das Rahmenkonzept für die Koordinierung der Arbeit der Bürgerhäuser in der Stadt sei Richtschnur. Wesentliche Elemente des Konzepts seien bereits umgesetzt, an weiteren werde gearbeitet, so die Kulturbeauftragte auf Nachfrage von Sigrid Müller, DIE LINKE.PDS. Am Ende des I. Quartals 2007 werde der Geschäftsbereich eine Analyse der bisherigen Arbeit vorlegen und im Haupt- und Kulturausschuss darüber berichten.*

## Bürgertreff – Fehlanzeige?

Potsdam West, die Brandenburger Vorstadt, natürlich der Kiewitt gehören zu den beliebtesten Potsdamer Wohngebieten, hat man doch Wasser, den Park und inzwischen mit Ausnahme der Kiewittbewohner einige Einkaufsgelegenheiten direkt vor der Nase. Das ist sicher auch ein Grund dafür, dass sich erfreulicherweise eine Verjüngung der Einwohner vollzogen hat, denn der Bedarf an Kita-Plätzen ist deutlich gestiegen. Deshalb wird es nun endlich in der Knobelsdorffstraße wieder eine Kita geben. Die Arbeiten haben schon begonnen.

In den Jahren zuvor war die ehemalige Kita „Toni Stemmler“ sowohl für Kinder als auch für Ältere ein willkommener Treffpunkt. Als bereits vor Jahren klar war, dass diese Nutzung nicht weitergeführt werden kann, wurde immer wieder – sogar bei Bürgerbefragungen im Wohngebiet – der Wunsch geäußert, wir

möchten einen kleinen Bürgertreff haben, der Jung und Alt etwas bietet. Bereits in der vorigen Wahlperiode (zu Zeiten des Kommunalwahlkampfes) fand dies auch Zustimmung bei einer großen Mehrheit der Abgeordneten im Stadtparlament und ein Antrag der PDS wurde somit beschlossene Sache.

Aber Papier ist geduldig und das Geld ist knapp. Etliche Versuche, auch gemeinsam mit dem Verein Rückenwind e.V. etwas auf die Beine zu stellen, sind bislang gescheitert. Dennoch meinen wir, es ist an der Zeit, sich künftig mehr um die soziokulturellen Bedürfnisse in den Stadtteilen zu kümmern. Nachdem z.B. im Kirchsteigfeld durch die Schließung der Bibliothek eine solche Möglichkeit weggefallen ist und auch in der Waldstadt für einen Bürgertreff, den auch die Bürgerinitiative sehr unterstützt, noch keine passende Variante gefunden wurde, soll-

te dieses Ziel weiter verfolgt werden. Neue Ideen sind weiterhin gefragt. Vielleicht ergibt sich eine sinnvolle Kooperation mit einem städtischen Unternehmen? Oder die Stadtverwaltung treibt Fördermittel von der EU auf, wer weiß? Die Linksfraktion.PDS bleibt an diesem Projekt dran. Nicht nur die großen Kulturinstitutionen, auch das Netz von Begegnungen mit den Nachbarn von nebenan machen die Kultur in einer lebenswerten Stadt wie Potsdam aus.

Hier ein etwas unkonventioneller Vorschlag: Die Treuhand-Liegenschaftsgesellschaft besitzt die Seerose an der Havelbucht. Sie soll zwar diese unter Denkmalschutz stehende Immobilie versilbern, zur Zeit jedoch passiert dort gar nichts. Wäre das nicht ein schönes Bürgerhaus? Träume sind doch noch gestattet.

*Dr. Karin Schröter*



## Glossiert

## Von Potsdam-West nach Königsberg

Hafen Danzig: 700 Kilometer, Hafen Königsberg: 789 Kilometer, Hafen Tilsit: 944 Kilometer, Memel: 1038 Kilometer – so steht es auf einem „Wegweiser“ am Havelufer in Potsdam-West (Foto). Nun macht man sich Gedanken darüber, wie die hier in Potsdam liegenden Boote diese Ziele wohl erreichen könnten. Auch ist zu bezweifeln, ob diese Orte unter den angegebenen Namen überhaupt zu finden sind. Möglicherweise sind die benutzten Landkarten „schuld“. Oder wissen Sie vielleicht ganz genau, wo Tilsit liegt? Nee, nicht etwa in Holland. Der Käse lässt zwar auch grüßen, aber gemeint ist die schon seit dem Potsdamer Abkommen in der heute russischen Oblast Kaliningrad (früher eben Königsberg im ehemaligen Ostpreußen) liegende Stadt Sowjetsk. Und das ist wiederum direkt an der litauischen Grenze und am Fluss, der früher Memel hieß. Die ehemalige Stadt Memel liegt dann auch nicht mehr weit. Die Stadt am Kurischen Haff heißt nur heute Klaipeda und ist in Litauen. Die Erfinder der Potsdamer „Wegweiser“-Tafel scheinen die Havel nur in Richtung Osten für befahrbar zu halten. Offensichtlich ist es für sie nicht interessant, wie viele Kilometer von Potsdam nach Brandenburg, Havelberg oder Hamburg zurückzulegen sind.

Ein Schelm, wer Arges dabei denkt!

B. Heimann



## „Wer hat sich diesen Schwachsinn ausgedacht?“

## Widerspruch gegen neue Verkehrsregelung auf dem Gehweg Auf dem Kiewitt 10-13

Gegen eine von der städtischen Arbeitsgruppe Verkehrslenkung- und Sicherung auf dem Fußweg Auf dem Kiewitt 10 – 13 vorgenommene neue Verkehrsregelung legte die Bürgerinitiative Auf dem Kiewitt im Namen der Anwohner Ende Dezember 2006 schriftlich Widerspruch ein.

Worum ging (geht) es? Dazu heißt es in dem an die Stadt gerichteten Schreiben u.a.: „Eine nahezu 4 Jahrzehnte bewährte Verkehrsregelung (Beschilderung: Einfahrt für alle motorisierten Fahrzeuge verboten – mit dem Zusatz Linienverkehr frei, Einbahnstraßenregelung, Höchstgeschwindigkeit 10 km/h, Fußgänger auf der Fahrbahn. Die Red.) wurde ohne erkennbaren Grund einfach aufgehoben. Der Gehweg entlang der Wohnhäuser Auf dem Kiewitt 10-13 war plötzlich durch Entfernung sämtlicher Verkehrszeichen in eine öffentliche Straße (30 km/h wie im gesamten Wohngebiet erlaubt, d. Red.) umgewandelt worden. Diese nicht genügend durchdachte Maßnahme ist ein Schlag ins Gesicht der Bewohner, darunter vieler älter und z.T. behinderter mit Rollator. Die betroffenen Anwohner protestieren gegen diese unüberlegt vorgenommene Verkehrsregelung und sind empört wegen der gegen ihre legitimen Sicherheitsinteressen verstoßende behördliche Anordnung. Wer hat sich diesen Schwachsinn ausge-

gedacht, wird häufig gefragt. Dass längs des Gehweges 2 Wäschetrocknerplätze und ein Kinderspielplatz gelegen sind, haben die Initiatoren der neuen Verkehrsregelung nicht bedacht.

Bereits in den ersten Tagen nach Entfernung sämtlicher Verkehrszeichen hat der Kraftfahrzeugverkehr auf dem Fußweg (Durchfahrt Wielandstraße) z.T. mit hohem Tempo zum Verdruss der Anwohner enorm zugenommen.

Wollen wir erst abwarten, bis der erste Mieter von Verkehrsrowdys angefahren und vielleicht tödlich verletzt wird?“

Die Stadtverwaltung vertritt den Standpunkt, dass die Entfernung sämtlicher Verkehrszeichen und damit die Umwidmung des Fußweges als öffentliche Straße „bei allen Beteiligten Zustimmung“ gefunden hat. Gemeint sind hier offenbar die Verwaltung, die Eigentümer und die Polizei, die alle nicht dort wohnen. Bei den unmittelbar Betroffenen gibt es allerdings keine Zustimmung. Sie wurden nicht befragt, obwohl es Mietervertretungen gibt. Außerdem wurde Ende Januar in einem Schreiben der Verwaltung festgestellt, dass die Einschränkung der Befahrung unseres Fußweges durch bestimmte Verkehrszeichen „aus Gründen der Ordnung und Sicherheit nicht notwendig“ sei. An wessen Sicherheit hat man dabei wohl gedacht? Doch nicht an die über 500 hier wohnenden

Anwohner. Die Bürgerinitiative wiederholt deshalb ihre im Widerspruch bereits formulierten Vorschläge:

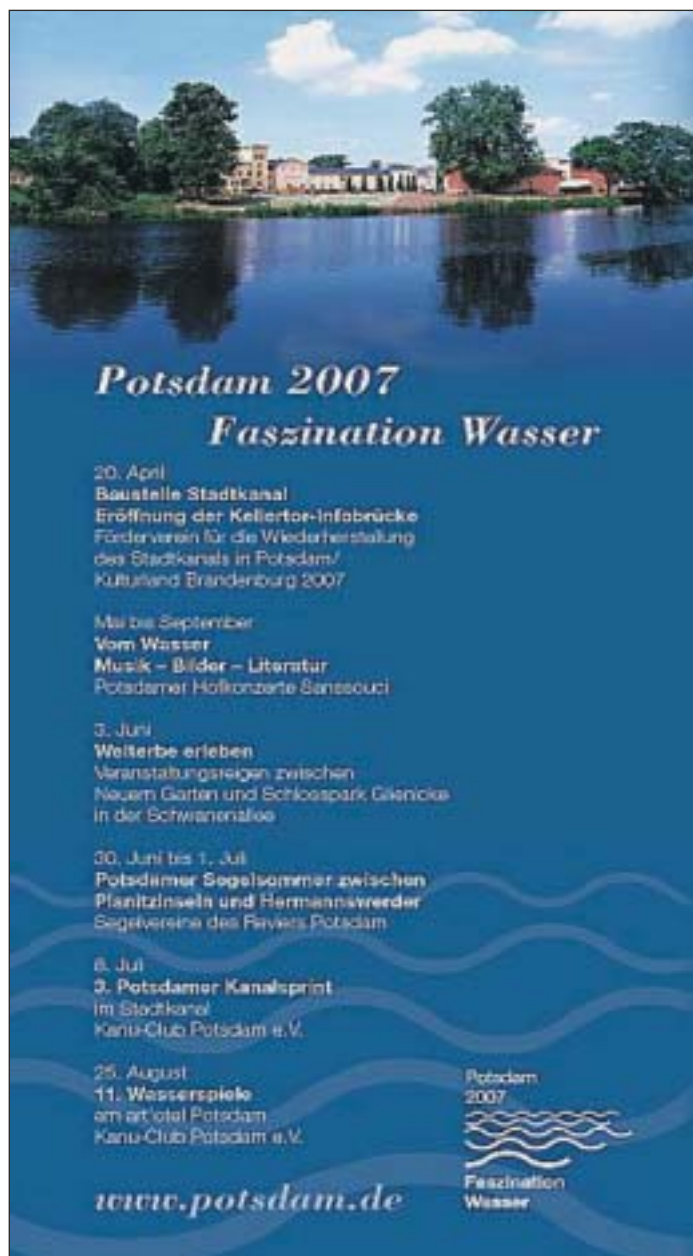
Am Eingang zum Gehweg vom Schillerplatz aus Aufstellung des Verkehrszeichens 276 StVO (Verkehrsverbot für Kraftfahrzeuge aller Art) mit dem Zusatz „Frei für Anwohner und Lieferfahrzeuge“ sowie einer angemessenen Geschwindigkeitsbegrenzung.

Am Eingang zum Gehweg von der Wielandstraße aus Wiederaufstellung des Verkehrszeichens 267 StVO (Verbot der Einfahrt). Zwei Kraftfahrzeuge können sich dort nur unter größten Gefahren begegnen, wenn überhaupt.

An der Ausbuchtung (bisher als Parkplatz genutzt) Entfernung des Verkehrszeichens 286 StVO (eingeschränktes Halteverbot) und Aufstellung des Verkehrszeichens 314 (Parkplatz) beschränkt auf eine Stunde. Hier sollte Hausärzten, Krankenpflegern, Anwohnern und Reparaturdiensten die Möglichkeit gegeben werden, ihr Kraftfahrzeug kurzzeitig abzustellen.

Sollte die Stadt mit diesen Vorschlägen nicht einverstanden sein, gibt es nach Meinung der Bürgerinitiative nur eine Alternative: Die Anlage eines Bürgersteiges. Dann könnte die derzeitige Verkehrsregelung mit Einschränkung der Geschwindigkeit akzeptiert werden.

Kurt Matthias



## Vom „Enkeltrick“ bis Falschgeld

Februarveranstaltung „Sicherheit im Alltag“ im Seniorenclub

Mit diesem Thema befasste sich im Februar der Seniorenclub. Eingeladen hatte die AG Seniorenpolitik der Linkspartei PDS. Vorrangig ging es den Veranstaltern um die Prävention, damit sich Senioren vor Gewalt, Diebstahl und Betrug schützen können, denn nicht nur in letzter Zeit sind Senioren immer häufiger Ziel und Objekt krimineller Tätlichkeiten. Um nicht nur schlechthin über Kriminalität zu sprechen, waren zwei Mitarbeiterinnen der Arbeitsgruppe Prävention vom Polizeipräsidium Potsdam gekommen, um den anwesenden Senioren Erfahrungen mitzuteilen und Ratschläge zu geben.

Was macht man, wenn jemand vor der Wohnungstür steht, behauptet Polizist zu sein und Einlass begehrt. In diesem Fall auffordern, den Dienstausweis zu zeigen und in die Hand zu geben, damit man sich auch von der Richtigkeit überzeugen kann. Auch Uniformierte sind verpflichtet, diesen zu zeigen, denn Uniformen oder Uniformteile kann man sich beschaffen. Auch wenn angebliche Handwerker, Telekom-Mitarbeiter, Versicherungsleute oder sonst auch wer, den man nicht kennt, Einlass begehrt, heißt es, sich den Ausweis zeigen zu lassen oder sich telefonisch rückzuversichern.

Die Polizeimitarbeiterinnen warnten auch vor Haustür- und Telefongeschäften gleich welcher Art. Zumeist sind die Angesprochenen die Betroffenen. Zur Zeit hört man häufig vom „Enkeltrick“. Senioren werden von angeblichen Enkeln wegen einer Geldverlegenheit angerufen und Oma oder Opa möchten doch durch den zu ihnen geschickten Boten den erwünschten Betrag schicken.

Wenn man längere Zeit verreist, kann

man sich vor Wohnungseinbrüchen schützen, wenn man eine vertraute Person bittet, den Briefkasten zu leeren und am Abend auch eine zeitlang Licht in der Wohnung zu machen. Bei Geldabhebungen am Schalter oder Automaten nicht länger das Geld in den Händen halten. Sollte man das Geld unbedingt nachzählen wollen, dann so, dass man dabei nicht beobachtet werden kann. Bei Einkäufen möglichst passend bezahlen. Geldscheine, die man als Wechselgeld zurück erhält, können Falschgeld sein.

Das Portemonnaie in der Gesäßtasche zu tragen, bürgt nicht für seine Sicherheit. Größere Geldsummen sollten am Körper getragen werden. Handtaschen sind sicherer, wenn der Tragegurt über Kopf und Schulter gelegt wird. Auch sollte man nicht dicht am Straßenrand gehen.

Prävention, so meinten die Hörer, wäre aber auch, wenn mehr Polizisten auf der Straße zu sehen wären. Dem Vorsatz der Landesregierung, die Polizeikräfte noch zu verringern, standen sie sehr kritisch gegenüber. Ein Beamter als Revierpolizist, wie es in Zentrum-Ost der Fall sei, ist einfach eine Unterbesetzung, meinten Gäste aus diesem Stadtteil.

Es wurden bei diesem Klubnachmittag noch eine Reihe weiterer Probleme angesprochen, die sich mit der Sicherheit für Senioren im Alltag beschäftigten. Manche Frage blieb auch offen. Jedenfalls hatte sich der Besuch der Klubveranstaltung gelohnt. Ein Dankeschön an die Fachfrauen. Und man kann schon auf den nächsten Klubnachmittag am 13. März gespannt sein, wo es um die Gesundheitsreform geht.

Karl Kreutz

### „Zeitzeugen“ suchen Zeitzeugen

Wer gern schreibt, über seine Erlebnisse und Erfahrungen berichten will – der ist bei den „Zeitzeugen“ richtig am Platze. „Zeitzeugen“ – so nennt sich eine Arbeitsgruppe des Seniorenbeirates der Stadt Potsdam. Menschen also, die oft auf ein reichlich ausgefülltes Leben zurück blicken können und die vor allem ihre Erkenntnisse weiter erlebbar machen möchten, die also ihr Leben in dieser oder jener Form aufschreiben. Die „Zeitzeugen“ treffen sich jeden ersten Donnerstag im Monat um 14.30 Uhr in der Begegnungsstätte „Wir für uns“ in der Asta-Nielsen-Straße 1 – im Wohngebiet Drewitz also. Ansprechpartner ist Karl Kreutz – Tel.: 0331 – 29 61 52.

### Ins weltweite Netz

Internet-Einstieg für die Generation 50plus geht ab März in die dritte Runde

Das Angebot der Internet-Einstiegs-kurse zu fünf Themen geht in die dritte Runde: Mit speziell auf die Bedürfnisse von Menschen ab 50 Jahren zugeschnittenen Inhalten bieten regionale Bildungsträger im Online-Jahr 50plus - Internet verbindet - an über 80 Standorten bundesweit im März und April erneut Internet-Einstiegs-kurse an.

„Wir möchten mit unserem Angebot erreichen, dass mehr Ältere das Internet für sich entdecken, um die Zahl der Internetnutzenden in der Generation 50plus von bisher 34 % deutlich zu steigern“, so Birgit Kampmann, Geschäftsführerin des Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit. Ältere, die bisher wenig Computer- oder Internetkenntnisse haben, lernen in kleinen Gruppen, wie sie das Internet für den eigenen Alltag nut-

zen können. Ob Einkaufen, Gesundheit, Finanzen, Reisen oder Sicherheit, die Teilnehmenden haben die freie Themenwahl. In allen Kursen werden die Grundlagen der Internetnutzung vermittelt: Es sind keine Vorkenntnisse erforderlich.

Auch die älteste Teilnehmerin (85 Jahre) hat mit Begeisterung alle fünf Kurse besucht. „In den Kursen werden interessante Inhalte geboten: Recherche nach Sportangeboten in der Region, Simulieren von Kontobewegungen mit einem Demo-Konto, oder Vornehmen von Sicherheitseinstellungen am eigenen Rechner.“ Anmeldungen nehmen die regionalen Kursanbieter entgegen. In Potsdam ist das die Seniorenfreizeitstätte im Bürgerhaus STERN\*ZEICHEN. Interessenten melden sich unter 0331-6006761, oder [dfb-potsdam@t-online.de](mailto:dfb-potsdam@t-online.de).

## Loblied eines Linken auf die deutsche Verfassung

Am zweiten Tag des 10. Landesparteitages der Linkspartei. PDS sprachen zu den Delegierten zum Thema Leitbildthesen „Rechtsstaatlichkeit und Demokratie“ Wolfgang Neskovic (MdB und Rechtspolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag) sowie Stefan Sarrach (MdL). In einer anschließenden Diskussionsrunde stellten sich beide Politiker den zahlreichen Fragen der Delegierten.

### Das Grundgesetz regelt Vergesellschaftung von Privateigentum

Mit einer flammenden Laudatio auf die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland fesselte Wolfgang Neskovic (MdB) beim Landesparteitag der Linken in Blossin rund 200 Zuhörer: „Diese Verfassung ist mindestens eine soziale, wenn nicht sogar eine sozialistische Verfassung,“ rief er in den Saal. Nicht die Linke, sondern die sich verfassungstreu gebende Regierungskoalition verlasse immer wieder den Boden des Grundgesetzes durch den Abbau des Sozialstaats.

Er veranschaulichte das am Beispiel von Hartz IV: Der Regelsatz von 345 Euro taste die verfassungsmäßig zugesicherte Würde der Betroffenen an, denn es ginge um mehr als das pure Überleben. „In Würde lebt ein Mensch, der ... kulturelle Einflüsse und die Möglichkeit zur Bildung und Selbstverwirklichung erhält.“

Auch mit permanenten Versuchen, gewinnträchtiges gesellschaftliches Eigentum zu privatisieren, befinden sich die regierenden Parteien nicht auf der Linie des Grundgesetzes. Denn Artikel 14, Absatz 2, regelt unmissverständlich: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen“. Er demonstrierte am Beispiel einer Rotbuche, die der Grundstückseigentümer

mit Rücksicht auf das Gemeinwohl nicht einfach fällen dürfe, dass der Staat zum Beispiel Banken besonders günstige Zinsen bei Darlehen an die öffentlichen Haushalte auferlegen könnte.

Besonders „Erschreckendes“ für neoliberale Denker fände sich jedoch im Artikel 15. Hier stellt das Grundgesetz fest, dass bei zentralen Gemeinschaftsgütern der Gemeinschaftsgedanke und nicht das private Eigeninteresse im Vordergrund steht: „Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum ... überführt werden.“ Demgegenüber fehle jede gesetzliche Grundlage für die Privatisierung von Staatseigentum, für den so genannten „schlanken Staat“.

### Ideale Verfassung für den demokratischen Sozialismus!

Von hier schlug Neskovic einen Bogen zum aktuellen PDS-Bundestags-Wahlprogramm und bekräftigte, dass Leistungen der Daseinsvorsorge staatlich garantiert sein sollten: „Die Versorgung der Menschen mit Wasser und Strom, die Müll- und Abwasserentsorgung, der öffentliche Personennahverkehr, Post- und Telekommunikation, kulturelle Leistungen, Gesundheitsdienste, Angebote zur

sportlichen Selbstbetätigung ... und das Bildungswesen sind ... im Interesse des Gemeinwohls sicherzustellen ... (und) dürfen nicht der privaten Konkurrenz unterworfen werden. Vor allem Bildung, Kultur und Gesundheit dürfen nicht zu Waren degradiert werden.“

Spannung weckte dann die Ankündigung eines Prinzips, das als unveränderbar gelte und weltweit einmalig sei: Das Sozialstaatsprinzip! „Wer uns sagt, wir können uns den Sozialstaat nicht mehr leisten, ist ein Verfassungsfeind, bestenfalls ein Verfassungsignorant“, stellte Neskovic der herrschenden Politik entgegen. Eine gerechte Steuerpolitik sei statt der staatlichen Reichtumspflege erforderlich. Die Verpflichtung der Menschen zur Eigenversorgung für allgemeinen Lebensrisiken verstößt demzufolge gegen das Grundgesetz.

Abschließend stellte er lakonisch fest: „Das Grundgesetz gewährleistet nicht nur den Sozialstaat, sondern es ist eine ideale Verfassung für einen demokratischen Sozialismus.“

Nach dieser Auseinandersetzung mit dem Grundgesetz widmeten sich Wolfgang Neskovic und Stefan Sarrach (MdL) den Bedingungen für die Durchsetzung von Recht. Die ausgesprochen lebhafteste Debatte zum Beispiel über die Bereitschaft und Fähigkeit der Menschen zur Wahrnehmung ihrer Rechte bewies, dass die Redner mit ihren Thesen einen empfindlichen Nerv der Linken bei der Standortsuche in der gegenwärtigen Gesellschaft berührt haben.

-ed-



Ruhlsdorfer Straße 95  
14532 Stahnsdorf

Fon 03329/61 28 03  
Fax 03329/61 28 05

Net [www.fihab.de](http://www.fihab.de)  
Email [fielkorn@fihab.de](mailto:fielkorn@fihab.de)

FIHAB GmbH ist seit 1998 im Bereich des Gebäudemanagements in Berlin, Potsdam und Umgebung tätig.

## Grünflächenpflege



- ▶ Pflege von Grünanlagen
- ▶ Pflanzungen
- ▶ Baumpflege
- ▶ Dach- und Fassadenbegrünung

**Hauswartung**  
**Glas- und Gebäudereinigung**  
**Technischer Gebäudeservice**  
**Schnee- und Eisglättebekämpfung**  
**Freiflächenreinigung**

Rosa-Luxemburg-Stiftung  
Brandenburg  
Dortustr. 53  
14467 Potsdam  
Tel.: 0331 – 8170432  
Fax: 0331 – 8170433  
Email: info@bbg-rls.de  
Internet: www.bbg-rls.de

## Regionalprogramm März 2007 der Rosa-Luxemburg-Stiftung

**Sonntag, 4. März 2007, 11.00 Uhr:** Potsdam, Filmmuseum, Marstall am Lustgarten, Breite Straße 1A. **Veranstaltung aus Anlass des 136. Geburtstages von Rosa Luxemburg. Filmvorführung „Über die Schwelle“ mit Walter Ruge.** Ein Film von Stefan Mehlhorn (2006). Anschließend Diskussion

**Freitag, 9. März 2007, 10.00 Uhr:** Potsdam, Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, Dortustr. 53. **Arbeitskreis „Lebenszeit – Arbeitszeit“.** Diskussion.

**Sonntag, 11. März 2007, 11.00 Uhr:** Potsdam, Hans Otto Theater, Schiffbauergasse. Sonntags-Matinee „Fenster zur Welt“ – Erfolgreiche Inszenierungen des Hans Otto Theaters im DDR-Fernsehen. 6. Folge: „Buschmann und Lena“ von Athol Fu-

gard – Inszenierung Rolf Winkelgrund – 1976. Worte zur Eröffnung: Claus Dobbertke, Vortrag: Daniel Küchenmeister, Gäste: Rolf Winkelgrund (Regisseur), Gero Hammer (Intendant i. R.), Gertraud Kreißig, Hansjürgen Hürig und Peter Pauli; Moderation: Daniel Küchenmeister (Berlin). Das HOT erhebt einen Unkostenbeitrag von 5,- g.

**Donnerstag, 15. März 2007, 18.00 Uhr:** Potsdam, Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, Dortustr. 53. **Veranstaltungsreihe „Die Linke in Lateinamerika“ 5. Teil: Bolivien** - Vortrag und Diskussion mit Joachim Wahl (Berlin); Moderation: Moritz Kirchner

**Dienstag, 27. März bis Donnerstag, 29. März 2007:** Potsdam, Fachhochschule

Potsdam, Pappelallee 8-9. **Die Unantastbarkeit der menschlichen Würde: Was verstehen wir unter Menschenwürde?** Seminarleitung: Wolfram Tschiche, Theologe, Philosoph (Klinke). Gemeinsame Veranstaltung mit der Fachhochschule Potsdam

**Donnerstag, 29. März 2007, 18.00 Uhr:** Potsdam, Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg, Dortustr. 53. **Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa.** Buchpräsentation: Peter Bathke/Susanne Spindler (Hrsg.): „Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa. Zusammenhänge – Widersprüche – Gegenstrategien“ mit den Autoren Hermann Dworzak (Wien) und Gerd Wiegel (Berlin)

## Potsdamer Ostermarsch 2007

Motto:

„Kriegseinsätze sind Teil des Problems und nicht die Lösung“

**Sonntag, 01. April 2007**  
**Auftaktkundgebung: 14.00 Uhr**  
vor dem Brandenburger Tor  
Ab 14.30 Demonstration durch die  
Potsdamer Innenstadt.

Wegstrecke: Schopenhauerstr. – Hegelallee –  
Zwischenkundgebung Nauener Tor –  
Fr.-Ebertstr. – Holländisches Viertel –  
Bassin-Platz – Platz der Einheit  
Abschlusskundgebung: 15.30 Uhr  
am Deserteursdenkmal, Platz der Einheit

## tipps & termine

10. März 10-12 Uhr: **Gesamtmitgliederversammlung im Wahlkreis III** (Babelsberg, Zentrum-Ost), Haus der Jugend, Schulstraße 9

17. März 10 Uhr: Kommunalpolitischer Tag: **Novellierung der Kommunalverfassung und Beitrag des kf zur Vorbereitung der Kommunalwahlen 2008**, Tagungshotel BlauArt, Hermannswerder, 10 €

22. März 19 Uhr: **Sitzung des Kreisvorstandes DIE LINKE.PDS**, Alleestraße 3

24. März 15 Uhr: **Lesecke mit dem Schriftsteller Rainer Lindow**, Alleestraße 3

24./25. März **Bundesparteitage von Linkspartei und WASG** zur Beschlussfassung der Gründungsdokumente, Westfalenhalle in Dortmund.

## Seniorenfreizeitstätte Dahlweid Stiftung im „Zentrum-Ost“

**Montag, 05. März 2007:** „Bodensee, Spessart und die Burgen des Rheins“. Einer Reise zum Schwäbischen Meer, zur Schwäbischen Alb, zu den Burgen am Rhein und zu romantischen Ortschaften entlang der Weser mit Karl Kreuz.  
**Beginn: 14.30 Uhr**

**Montag, 12. März 2007:** „Mit Kamera und Kochbuch unterwegs – in Nepal“. Reise aus der Reihe „Ferne Länder – Fremde Kulturen – nahe gebracht“ mit Dr. Rolf Rönz.  
**Beginn: 14.30 Uhr**

**Dienstag, 13. März 2007:** „Politik aktuell“. Gespräch mit Prof. Dr. Jochen Dankert über aktuelle Probleme der Bundes- und Landespolitik ein.  
**Beginn: 14.30 Uhr**

**Montag, 19. März 2007:** „Schlösser der Loire“. Diavortrag in Überblendtechnik mit Walter Heller.  
**Beginn: 14.30 Uhr**

## Fünf Jahre Kabarett im „Stern\* Zeichen“

Die „Tollense Stichlinge“ aus Neubrandenburg waren die ersten Kabarettisten, die zum 5. Geburtstag des Stern-Kabarett am 23. Februar auf ihre Weise gratulierten. Weitere Programme und Auftrittsfolgen sind für 2007 in der Bürgerbegegnungsstätte geplant, berichtet der ehrenamtliche „Kabarettist“ Willi Mikoleit. So am 30. März mit dem Strausberger „SeniOrenbrettli“. **Anmeldung: 0331 / 6006761.**

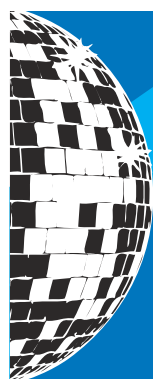
**Dienstag, 20. März 2007:** „Frühlingslieder“. Singen „Tanz in den Frühling“.  
**Beginn: 14.00 Uhr**

**Montag, 26. März 2007:** „Leseschnäppchen am Kaffeetisch“. Mitglieder des Zirkels „Schreibende Senioren“ unter Leitung von Karl Kreuz lesen Interessantes, Besinnliches oder Humorvolles berühmter Dichter, bekannter Schriftsteller oder aus eigener Feder.  
**Beginn: 14.30 Uhr**

**Dienstag, 27. März 2007:** „Potsdam und Friedrich-Wilhelm IV.“ Im Gespräch mit Dr. Herbert Schlomm, Stadtverordneter.  
**Beginn: 14.30 Uhr**

**Mittwoch, 28. März 2007:** „18, 20, Buben'raus“. Skattturnier unter Leitung von Dr. Herbert Schlomm und Karlheinz Kunicke.  
**Beginn: 13.30 Uhr**

**Samstag, 31. März 2007:** Der besondere Stadtpaziergang „Potsdam und Friedrich-Wilhelm IV.“ Historisches und Aktuelles erzählt Dr. Herbert Schlomm, Stadtverordneter aus Zentrum-Ost.  
Treffpunkt: Lange Brücke, Eingang Hauptbahnhof  
**Beginn: 14.00 Uhr**



diskothek  
**bluelight**  
potsdam

MUSIK UND MODERATION  
Hochzeiten, Geburtstage, Stadt- oder Kinderfeste,  
Firmen- oder Vereinsveranstaltungen,  
Tanz- und Strandpartys, Karneval u.v.a.m.

☎ **0172 / 385 32 81**